

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/104: 18.07.2000 – 11.11.2000

18.07.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 2000: >>>Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter ist besiegelt

... Nach eineinhalbjährigen Verhandlungen unterzeichneten Vertreter der USA und Deutschlands sowie der Opferverbände am Montag in Berlin ein deutsch-amerikanisches Regierungsabkommen. Kernstück ist eine von Bundesregierung und Wirtschaft mit 10 Milliarden Mark ausgestattete Entschädigungsstiftung. Im Gegenzug schützt die US-Regierung deutsche Unternehmen vor Entschädigungsklagen.

Außenminister Joschka Fischer sprach von einem "historischen Tag". Fischer bedauerte, daß die Entschädigung der Zwangsarbeiter erst 55 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur zu Stande gekommen sei. Für viele Opfer komme sie zu spät. "Aber mit dem in letzter Minute erreichten Ergebnis ist ein tragfähiger, für alle akzeptabler Kompromiß gefunden", sagte Fischer. ...<<

22.07.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Juli 2000: >>>Deutsche als Zwangsarbeiter

Der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz (CDU), hat die Bundesregierung aufgerufen, die deutschen Zwangsarbeiter bei den Entschädigungen nicht zu vergessen. Auch sie erwarteten zu Recht ein sichtbares Zeichen, erklärte Merz in der Bremerhavener "Nordsee-Zeitung". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere hunderttausend Deutsche in der Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter eingesetzt.<<

29.07.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Juli 2000 (x887/...): >>>

Deutsch gilt viel in Rußland

Die politische überaus korrekte Tageszeitung "Die Welt" meldete auf ihrer ersten Seite an, daß "der Siegeszug der deutschen Sprache nicht mehr aufzuhalten ist". Diese Sensation verkündete sie gleich zweimal, am Anfang und am Ende ihrer 60-Zeilen-Meldung, und das mit ironischem Unterton und einer Mischung aus Fassungs- und Sprachlosigkeit. Das Blatt, das bekanntermaßen mit jeder Menge Anglizismen um sich wirft, berichtete: "... mitten im fernen Peking brechen sich deutsche Urlaute immer öfter die Bahn."

Was war geschehen? Chinas Staatspräsident Jiang Zemin und Rußlands Staatschef Wladimir Putin hatten bei ihrer ersten Unterredung in der Pekinger Großen Halle des Volkes in deutscher Sprache miteinander geplaudert. Um deutsche Poesie lesen zu können, hatte der Chinese in seiner Jugend Deutsch gelernt, und hin und wieder rezitiert er noch heute Goethes "Erkönig". Er wisse, so Jiang Zemin, wie gut Putin Deutsch spreche, der jedoch bescheiden antwortete: "Ich spreche aber nur ein bisserl."

Richtig stellte "Die Welt" fest: "Zwei der mächtigsten Männer der Erde verständigen sich auf Deutsch." In der Tat: die beiden Staatsmänner taten etwas sehr Vernünftiges: Da keiner von beiden die Sprache des anderen beherrscht, benutzten sie zur Verständigung eine Fremdsprache.

Anders jedoch "Die Welt". Sie setzte in derselben Ausgabe, in der sie von der Plauderei in Peking berichtete, ihren Lesern folgende drei Überschriften vor: den Zweispalter "Her Majesty was amused" und die beiden Vierspalter "The Great Game" sowie "Step up and do it!"

Da den Redakteuren bekannt sein dürfte, daß ihr Blatt eine deutsche Zeitung für deutsche Leser sein soll (selbst die Lizenzgeber gingen einst davon aus), stellen sie sich damit in die Reihe derer, für die sprachliche Unterwürfigkeit unter das Englische nicht nur eine alberne Modeerscheinung, sondern bewußte Politik ist.

Eindrucksvoll hat der Münchner Professor Franz W. Seidler unlängst darauf hingewiesen, daß angloamerikanische Marktstrategen die Bedeutung der Sprache für wirtschaftliche und politische Zwecke genau kennen und dem Leitsatz huldigen: "Zwingen den Partner, deine Sprache zu lernen, das kostet ihn Zeit und Energie und Du wirst ihm überlegen sein, weil Du Deine Sprache immer besser sprechen wirst als er."

Mehr und mehr werden in Deutschland Waren und Dienstleistungen nicht nur von ausländischen Unternehmen, sondern auch von deutschen in englischer Sprache oder in einer Art Pidgindeutsch angeboten, das einer Kolonialsprache entspricht. So werden die Kunden gezwungen, die fremdsprachlichen Ausdrücke zu übernehmen und sich von ihrer Muttersprache zu entfremden. Wenn zudem Gebrauchsanweisungen und Beipackzettel in Englisch gehalten sind, hat dieser Umstand über die kulturelle Unterwürfigkeit hinaus wirtschaftliche und soziale Folgen, die in der Benachteiligung derjenigen liegen, die keine oder nur sehr geringe Englischkenntnisse haben, insbesondere in der ehemaligen DDR.

Es entsteht eine unsoziale Wissensklüft, die mit immer früherem Englischunterricht bis hin zum Kindergarten geschlossen werden soll. Das wiederum führt dazu, daß Volksschulkinder und Grundschüler eine fremde Sprache lernen sollen, noch bevor sie ihre deutsche Muttersprache schreiben und lesen können.

Im Gegensatz zu diesen hektischen Bemühungen zur sprachlichen Anglisierung gibt es heutzutage Abiturienten, die in ihrer Schulzeit anders als der chinesische Staatspräsident in seiner Jugend nie ein Werk von Goethe oder Schiller gelesen haben. Statt klassischer Literatur wird ein Roman mit dem Titel "Der Nazi und der Frisör" als Hauptlektüre der Kollegstufe eines Gymnasiums behandelt.

Deutsch ist das Kommunikationsmittel der größten Sprachgemeinschaft mit 90 Millionen Menschen in Europa. Im Zentrum Europas hat es die größte Verbreitung und grenzt an 14 andere Sprachgebiete, was Sprachkontakte menschlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art mit sich bringt. Deutsch hat somit eine große europäische Aufgabe wahrzunehmen. In vielen Staaten des östlichen Europas ist Deutsch die "Sprache der Freiheit", auch wenn das viele Deutsche nicht wahrhaben wollen.

Die Verantwortlichen in Staat, Politik, Wirtschaft und Medien Deutschlands haben einen riesengroßen Nachholbedarf, wenn sie die deutsche Sprache so entschlossen verteidigen wollen wie es Franzosen, Polen und Russen mit ihren Sprachen tun. Europas Stärke ist seine kulturelle Vielfalt. Diese wird gefährdet, wenn Deutsch zu einer Art "Trümmersprache" verkommt. Bisher sieht es nicht danach aus, daß die Verantwortlichen in unserem Land diese Aufgabe wahrnehmen.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Juli 2000 (x887/...): >>Ein Lehrstück über den Umgang der Politik mit deutscher Kultur

Experten schätzen, daß in Deutschland an die vier Millionen Analphabeten leben. Diese beklagenswerte, im Wachsen begriffene Minderheit darf sich dieser Tage glücklich schätzen: Sie

bleibt unbehelligt von einer Farce, die den Schreibkundigen das Lachen gefrieren läßt. Die vor erst zwei Jahren von einem Häufchen Bürokraten und Politikern selbstherrlich erlassene "Rechtschreibreform" ist gescheitert. Jetzt schickt sich die verantwortliche Kommission an, wesentliche, besonders lächerliche Teile des Machwerks höchst offiziell zurückzunehmen. Ohne die Ratschlüsse dieses restlos kompromittierten Gremiums abzuwarten, erscheint der neue Duden am 25. August bereits mit einer Reihe hausgemachter Rücknahmen der Reform. Ohnedies haben Nachrichtenagenturen, Verlage und Zeitungen von Anfang an eigene Versionen der neuen Schreibe entwickelt. Eine unüberschaubare Zahl von Hausschreibordnungen wird dem deutschen Leser seitdem serviert.

Das Ostpreußenblatt hat, gemeinsam mit einer kleinen Schar von standhaften Medien, die "Reform" von Beginn an ignoriert. Alle großen Tageszeitungsredaktionen sind indes weitgehend mitgezogen und wissen in diesem Moment wahrscheinlich noch nicht, in welcher Orthographie ihr Blatt im September erscheinen wird.

Millionen neu angeschaffter Wörterbücher, Rechnerprogramme, Schulbibeln etc. landen jetzt im Müll, teure Nachschulungskurse waren umsonst. Das schlimmste aber ist: Nach diesem absurden Theater ist die Autorität einer zentralen, einheitlichen Rechtschreibung dahin. Ganz gleich, was irgendeine Kommission jetzt noch ausheckt, von nun an spätestens schreibt jeder wie er will. Damit ist der deutsche Sprachraum ins Mittelalter zurückgefallen. Die bedauernden Schüler, denen man wohlfeil erklärt, sie lernten nicht für die Schule sondern fürs Leben, werden bis auf weiteres mit einer Orthographie versorgt, die außerhalb der Lehranstalten nur noch Schmunzeln hervorruft.

Das Ausland klopft sich auf die Schenkel. In Frankreich etwa, wo die eigene Sprache als hohes Kulturgut besonders geachtet und gepflegt wird, mag man kaum glauben, wie die Deutschen das Idiom Schillers und Goethes zerstümpern.

Schuld an dem Fiasko haben die Politiker, die sechzehn Kultusminister nebst Ministerpräsidenten der Länder, parteiübergreifend und allesamt. In Schleswig-Holstein ging Heide Simonis gar soweit, einen Volksentscheid gegen die Reform glattweg zu übergehen: Direkte Demokratie und "Bürgerbeteiligung" ja, aber nur solange die Richtung stimmt, lautete die Kieler Marschrichtung.

Zufall oder Methode: Die Rechtschreibtragödie fiel just in eine Zeit, da Goethe-Institute reihenweise geschlossen wurden. Während andere Länder mit Eifer die Wahrung und Verbreitung ihrer Sprache weltweit vorantreiben, hat es fast den Anschein, als hätten sich in der Bundesrepublik einflußreiche politische Kreise darauf geeinigt, dem Deutschen den Garau zu machen. In jedem Falle fehlt der sogenannten politischen Elite offenkundig einiges an Respekt vor der Kultur unseres Landes.

Jetzt werden sich "Experten" abermals den Kopf zerbrechen, wie denn nun die Reform der Reform auszusehen hat. Dabei steht der - einzige - Ausweg längst fest: Ohne Wenn und Aber zurück zur alten, bewährten Orthographie. 90 Prozent der Deutschen, so wollen Schätzungen wissen, haben sie ohnehin nie aufgegeben. Doch diese Blamage werden sich die "Fachleute" und Kultusminister in jedem Falle ersparen wollen. Auf Kosten der hundert Millionen Deutschsprachigen werden sie eine weitere Version ausbrüten, die dann im Durcheinander der diversen "Hausorthographien" verpuffen darf.

Rückblickend bleibt die Frage: Wie konnte es eigentlich geschehen, daß ein so wertvolles Gut wie die Schriftsprache ausgerechnet den Kultusministerien anheimgegeben wurde? Haben nicht gerade jene Institutionen in vierzig Jahren Schul- und Universitätsreformerei bewiesen, zu was sie fähig sind? Deutschland, das einst Wissenschaftler und Techniker in alle Welt exportierte, bittelt in Indien um Computerspezialisten. Noch ein paar "Rechtschreibreformen" und wir dürfen den Tag erwarten, da ein Bundeskanzler "Green Cards" an asiatische Deutschlehrer verteilt.<<

12.08.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 12. August 2000 (x887/...):
>>"Holocaust-Industrie" am Pranger

US-Politologe wirft Anwälten und jüdischen Organisationen "Ausbeutung" der NS-Opfer vor
Anfang 2000 erschien in der "Berliner Zeitung" ein langes Interview mit dem New Yorker
Politologen Norman G. Finkelstein, das die Gemüter besonders intensiv aufrührte, denn es
brach mit geltenden Tabus.

Die Verhandlungen für die Errichtung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"
waren in vollem Gange, die Summe von zehn Milliarden Mark, die die deutsche Wirtschaft
und die Bundesrepublik in die Stiftung einbringen werden, war schon ausgehandelt.

Jetzt ging es um die Aufteilung der Mittel und um das Prinzip der zukünftigen Rechtssicher-
heit deutscher Unternehmen in den Vereinigten Staaten.

Die Zweiteilung der Opfer in "Sklavenarbeiter" und "Zwangsarbeiter" war längst vereinbart,
und durch diese Sprachregelung wurde den "Sklavenarbeitern" das Dreifache dessen zuge-
sprochen, was die schlichten "Zwangsarbeiter" bekommen werden - im Klartext: 15.000 Mark
gegenüber 5.000 Mark.

Die "Conference on Jewish Claims against Germany" - gemeinhin als Claims Conference be-
kannt - hatte die Zahl der noch lebenden Sklavenarbeiter mit 135.000 angegeben, da platzte
das Interview Finkelsteins mitten in die Debatte mit der Behauptung, diese Zahl sei schierer
Betrug. Dessen Zweck sei es lediglich, die Summe, die der Claims Conference bzw. den jüdi-
schen "Sklavenarbeitern" zustehe, um das Vielfache zu erhöhen, indem die Anzahl der real
dieser Kategorie zugerechneten Personen grotesk übertrieben werde.

Schon anlässlich dieses Interviews wurde das Buch Finkelsteins, "The Holocaust Indu-
stry/Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering" ("Die Holocaust Industrie/Reflexi-
onen über die Ausbeutung jüdischen Leidens") erwähnt.

Nun liegt der Band tatsächlich vor - leider zu spät, denn inzwischen ist der von Finkelstein
angeprangerte Betrug in einen festen Betrag umformuliert worden - 1,8 Milliarden Mark -, der
wiederum endgültig in ein Gesetz eingemeißelt ist, das vom deutschen Parlament mit großer
Mehrheit verabschiedet wurde.

Diese Operation konnte laut Finkelstein nur gelingen, weil seit Ende der 60er Jahre das ame-
rikanische Judentum um den Holocaust eine regelrechte Industrie aufgebaut habe, die nur
noch wenige Berührungspunkte mit der historischen Realität des Nazi-Holocaust habe.

Finkelsteins Eltern waren beide Überlebende des Warschauer Ghettos und der KZs, er ist das
genaue Gegenteil eines Holocaust-Abstreiter. Nur, so eine seiner einführenden Thesen,
"manchmal denke ich, daß die 'Entdeckung' des Nazi-Holocaust schlimmer war, als wenn er in
Vergessenheit geraten wäre. Es ist wahr: meine Eltern grübelten im Privaten, die Leiden, die
sie ertragen haben, waren nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die gegen-
wärtige krasse Ausbeutung des jüdischen Martyriums?"

Finkelstein benutzt als theoretische Grundlage seiner Argumentation das im vergangenen Jahr
erschienene grundlegende Werk des Chicagoer Historikers Peter Novick, "The Holocaust in
American Life" und versucht, dessen Ideen und Feststellungen weiter zu entwickeln. Tatsache
ist, daß bis Ende der 60er Jahre sich weder das amerikanische Judentum noch die amerikani-
sche Öffentlichkeit schlechthin viel um den Holocaust kümmerte. Erst nach dem spektakulä-
ren Sieg Israels im Sechs-Tage-Krieg entdeckte Amerika plötzlich den wertvollen strategi-
schen Verbündeten im Nahen Osten, und das amerikanische Judentum entdeckte sein eigenes
Martyrertum.

Parallel zum Übergleiten des amerikanischen Judentums aus der Position einer ethnischen
Minderheit oder Randgruppe in den Hauptstrom der amerikanischen Gesellschaft entwickelte
sich, was Finkelstein als "Der Holocaust" bezeichnet und ausdrücklich unterscheidet vom Na-

zi-Holocaust. Die amerikanische Judenheit habe "Den Holocaust" zum Kult erhoben, nicht weil sie noch immer eine unterdrückte Minderheit sei wie etwa Schwarze, Hispanier, Asiaten oder Homosexuelle, sondern im Gegenteil, weil sie ihn in ihrer überaus erfolgreichen Rolle in der amerikanischen Gesellschaft erstens zur eigenen Identitätsbestätigung nötig habe und zweitens, weil sie mit Hilfe dieses Kults ihren Einfluß habe steigern können.

Von dem Erfolg dieser einst an den Rand gedrängten Gruppe zeugten Tatsachen wie etwa, daß das Pro-Kopf-Einkommen eines durchschnittlichen amerikanischen Juden nahezu doppelt so hoch liege wie das eines Nichtjuden, daß 16 der 40 reichsten Amerikaner Juden seien, daß 40 Prozent der amerikanischen Nobelpreisträger in Wissenschaft und Wirtschaft Juden seien, gleichermaßen wie 20 Prozent der Professoren an den wichtigsten amerikanischen Universitäten und 40 Prozent der Partner in den wichtigsten Anwaltskanzleien in New York und Washington.

Scharf geht Finkelstein ins Gericht mit den zwei zentralen Dogmen der von ihm sogenannten "Holocaust-Theologie" - nämlich, daß der Holocaust ein beispielloses, einmaliges Ereignis in der gesamten Weltgeschichte sei, und zweitens, daß der Holocaust den Gipfelpunkt des irrationalen, ewigen Judenhasses der Nichtjuden darstelle. Er führt die Behauptung ad absurdum, indem er Elie Wiesel zitiert, der aus der Einmaligkeit des Holocaust die Erkenntnis ableitet, "alles mit uns ist anders". Juden seien "ontologisch", also gewissermaßen in der innersten Bestimmung ihres Seins, einmalig. Der Holocaust markierte demnach nicht nur ein einmaliges Leiden der Juden, sondern bewies gleichzeitig die "Einmaligkeit" der Juden.

Elie Wiesel, der "Hohepriester des Holocaust", hat es Finkelstein besonders angetan, zumal dieser für jeden seiner unzähligen Holocaust-Vorträge 25.000 US-Dollar (54.000 Mark) in Rechnung stelle ...

Die Einkommen der "Berufsholocauster" und der jüdischen Organisation sind Finkelstein ein Dorn im Auge. Er führt den Fall des Vorsitzenden der Internationalen Kommission für Versicherungsforderungen aus der Holocaust-Ära, Lawrence Eagleburger, auf, der über ein Jahreseinkommen von 300.000 Dollar (rund 648.000 Mark) verfüge, und zitiert den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, der im Januar dieses Jahres in Stockholm erklärt habe, der WJC habe ein Vermögen von sieben Milliarden Dollar aus Restitutionsleistungen angesammelt.

Nachdem er darstellt, wie die Claims Conference aus frühen deutschen Wiedergutmachungsleistungen lediglich etwa 20 Prozent an die ehemals Leidenden weitergeleitet habe, geht Finkelstein auf die Einzelheiten der Auseinandersetzung mit den Schweizer Banken ein, um schließlich zurückzukommen auf das Thema, das ihn hierzulande so bekannt gemacht hat - nämlich der Vorwurf falscher Behauptungen der Claims Conference hinsichtlich der Zahl der noch lebenden "Sklavenarbeiter".

Finkelstein bezieht sich auf die namhaftesten Holocaust-Historiker wie Raul Hilberg und Henry Friedländer, um zu demonstrieren, daß die Zahl von noch 135.000 überlebenden "Sklavenarbeitern" glatter Betrug sei. Er zitiert sogar US-Staatssekretär Stuart Eizenstat - neben Otto Graf Lambsdorf einer der Autoren der Vereinbarung zur Gründung der Stiftung -, der noch im Mai 1999, im Verlauf einer kurzen Lagebeschreibung im State Department (dem US-Außenministerium), die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen "Sklavenarbeiter", also Juden und Nichtjuden zusammengerechnet, auf 70.000 bis 90.000 schätzte.

Angenommen, daß der Anteil der jüdischen "Sklavenarbeiter" 20 Prozent betrug (Historiker behaupten, daß acht bis zehn Prozent aller Zwangsarbeiter Juden gewesen seien), dann müßten zum betreffenden Zeitpunkt 14.000 bis 18.000 noch am Leben gewesen sein, und bis zur Stunde hätte diese Zahl um mindestens 10 Prozent weiter schrumpfen müssen, zumal nach Behauptungen der jüdischen Quelle monatlich einer von hundert der ehemaligen Lagerinsassen sterbe.

Allein dieses Zitat, das eigentlich Eizenstat in ein ziemlich schiefes Licht stellt - denn er hat ja mitgeholfen, schließlich die gefälschte Zahl von 135.000 durchzusetzen -, dokumentiert, daß der lautstarke, oft äußerst polemische Protest, der gegen Finkelstein erhoben wurde, (ein "unbedeutender Nestbeschmutzer" gehört noch zu den gnädigsten Ausdrücken) reine Defensive ist.

Die von Finkelstein zitierten Zahlen lassen erkennen: Die von der Claims Conference angegebene Zahl von 135.000 noch lebenden "Sklavenarbeitern" verträgt sich nicht mit jener der sechs Millionen jüdischer Opfer des Holocaust. Offenbar habe man, so Finkelstein, einerseits auf die schon zur Tradition gewordenen Zurückhaltung der (deutschen) Umwelt gegenüber den Berechnungen der Claims Conference gesetzt oder auf die Unwissenheit betreffend die realen historischen Berechnungen oder auch auf Dummheit, um der Geldgier freien Lauf zu lassen.

Das Tragische dabei ist, laut Finkelstein, daß es hierbei um eine doppelte Ausplünderung (shake-down) geht, - zu Schaden kommen nicht nur Europäer, wie die Schweizer und die Deutschen, sondern auch die Opfer selbst.

Norman Finkelstein: The Holocaust Industry - Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, ... London 2000 ...<<

14.08.2000

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. August 2000: >>**Übernahme in den USA gescheitert**

Übernahmepläne der Münchener Rückversicherung für die US-Versicherung United National sind nach Einwänden des US-Staates Pennsylvania gescheitert. Gegen die Kaufpläne erhoben die Behörden von Pennsylvania Einspruch mit der Begründung, die Victoria-Versicherung habe Ansprüche von Holocaust-Opfern nicht ausbezahlt. ... Die Münchener Rück hält 62 Prozent der Anteile an Victoria.

Als Bedingung für eine Zustimmung zu dem Kauf forderte Pennsylvania die Münchener Rück auf, sich einer internationalen Entschädigungskommission für Holocaust-Opfer anzuschließen. ...<<

19.08.2000

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. August 2000: >>Das Simon-Wiesenthal-Zentrum hat gegen Pläne protestiert, in der Nähe des früheren Konzentrationslagers Auschwitz eine Diskothek zu eröffnen. Die Diskothek dürfe nicht in dem dafür vorgesehenen Gebäudekomplex untergebracht werden, da dort Nazis während des Zweiten Weltkrieges Gepäck der Auschwitz-Häftlinge kontrolliert und gelagert hätten.

Der Bürgermeister der Stadt Ostwiecim, Adam Bilski, sagte, es gebe keine rechtlichen Widerstände gegen die Eröffnung der Disko.<<

USA: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 19. August 2000 (x887/...): >>**Moral oder Mißbrauch?**

Jüdische Verbände reagieren heftig auf den Vorwurf, sie instrumentalisierten NS-Opfer Wohl kaum ein Buch hat in den USA bzw. England bereits im Vorfeld seiner Veröffentlichung einen derartigen Wirbel ausgelöst wie das soeben publizierte Werk "Die Holocaust-Industrie: Reflexionen über die Ausbeutung des jüdischen Leidens" des US-Politologen Norman Finkelstein.

"Norman Finkelstein, Sohn von Konzentrationslager-Überlebenden", stellte die englische Zeitung "The Observer" in einer Besprechung fest, habe ein "persönliches Pogrom gegen die Holocaust-Industrie initiiert. Er greift jedes Dogma an, daß die Forschung über den Völkermord der Nationalsozialisten hervorgebracht hat". Daß Finkelstein deshalb, wie der "Observer" herausstreicht, von "vielen Leuten gehaßt" werde, kann nicht weiter verwundern.

Es überrascht deshalb auch nicht, daß Finkelstein von einigen Kommentatoren inzwischen als

"Extremist" oder "Verschwörungstheoretiker" eingestuft worden ist. Andere haben ihn dafür verdammt, daß er sich zum Stichwortgeber für Antisemiten gemacht und angeblich Fakten manipuliert habe. Wieder andere wie Greville Janner, Vorsitzender der Stiftung Holocausterziehung, meinten: "Seine Vorgehensweise ist vollkommen destruktiv."

Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress (WJC), den Finkelstein in seinem Buch besonders heftig angreift, wird mit der Aussage "Ich glaube, er ist armelig. Ich akzeptiere ihn einfach nicht als Wissenschaftler" zitiert. Die Sprache, die Finkelstein benutze, sei, so Steinberg, "antisemitisch". Seine "Fakten" seien "falsch", seine Sprache "unbeherrscht".

In Deutschland gibt man sich (noch) zurückhaltend. So fragt Rafael Seligmann in einer Besprechung für die "Welt am Sonntag": "Darf man solches schreiben? Als Jude zumal?" Seligmann bleibt unentschlossen, wenn er gegen Ende seiner Ausführungen feststellt: "Finkelstein ist Agent provocateur, Gaukler und Aufklärer zugleich. Sein Buch ist verletzend." Aber: "Es wäre falsch, seine Kritik als destruktive Polemik abzutun."

Finkelsteins Thesen sind nicht das erste Mal Stein des Anstoßes. Einem größeren Kreis in Deutschland wurde der heute 47jährige Politikwissenschaftler an der Universität von New York und ausgewiesene Spezialist für Israelfragen bekannt durch seine Antwort auf die wissenschaftlich unhaltbaren, dennoch aber in Deutschland heiß diskutierten Thesen des US-Historikers Daniel Jonah Goldhagen. Finkelsteins Antwort, die von der kanadischen Historikerin Ruth Bettina Birn flankiert wurde, fiel so überzeugend aus, daß der deutsche Historiker Hans Mommsen in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe ("Eine Nation auf dem Prüfstand", 1998) eingestehen mußte, "daß von einem vollständigen Bankrott von Goldhagens monokausalem Erklärungsmodell gesprochen werden muß".

Goldhagens These lautete, daß die Deutschen von einem "dämonisierenden Antisemitismus" erfüllt gewesen seien, "der in Deutschland eine bössartige rassistische Form angenommen und die kognitiven Modelle der Täter sowie der deutschen Gesellschaft insgesamt bestimmt hat. Die deutschen Täter ... waren Männer und Frauen, die ihren kulturell verwurzelten, eliminativ-antisemitischen Überzeugungen getreu handelten und den Massenmord für gerecht hielten". Dementsprechend hätten, so Goldhagen, 80 bis 90 Prozent der Deutschen gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden. Große Teile der Medienlandschaft in den USA und sogar in Deutschland überboten sich in Lobpreisungen für Goldhagens Opus.

Finkelstein war und blieb einer der wenigen Wissenschaftler, die den abstrusen "Beweisführungen" Goldhagens entschieden widersprachen. Sein Widerstand fiel so vehement aus, daß Hans Mommsen in seinem angesprochenen Vorwort zu "Eine Nation auf dem Prüfstand" meinte feststellen zu müssen, daß Finkelstein dazu neige, "die deutsche Bevölkerung zu exkulpieren".

Zu den interessantesten Argumenten, die Finkelstein gegen Goldhagen ins Feld führt, ist die Einzeichnung der Goldhagenschen Thesen in die zionistische Ideologie zu zählen. "Der zionistischen Ideologie zufolge", so Finkelstein, "ist Antisemitismus der Ausdruck der natürlichen und unversöhnlichen Feindseligkeit der Nichtjuden gegen die Juden." Gemäß dieser Deutung stelle der "Völkermord der Nationalsozialisten den unvermeidlichen Höhepunkt des antisemitischen Hasses dar".

Dieser Völkermord dient nach Finkelstein den Zionisten einmal dazu, die "Notwendigkeit des Staates Israel zu rechtfertigen". Zum anderen werde er auch "zur Erklärung aller Feindseligkeiten, die gegen diesen gerichtet sind", herangezogen. Goldhagens Holocaust-Auslegung entspricht laut Finkelstein der zionistischen Auslegung des Holocausts, so wie sie sich nach dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 im amerikanischen Judentum herauskristallisiert habe.

Dieses Argument steht auch im Zentrum des neuen Finkelstein-Buches. Finkelstein behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß das Interesse am Holocaust keineswegs dem Umstand

geschuldet sei, den Opfern eine Stimme zu geben. Die jüdische Lobby in den USA habe vielmehr erkannt, daß der Holocaust dem israelischen Staat, der sich krimineller Übergriffe auf die Palästinenser schuldig gemacht habe, eine hilfreiche Opferrolle eröffnen könne, die den Staat Israel gegen Kritik bzw. Sanktionen immunisieren könne. Genau deshalb werde bei jeder Gelegenheit die "Einzigartigkeit" des Völkermordes der Nationalsozialisten herausgestrichen. Dies geschehe keineswegs aus moralischen Gründen, sondern um die Macht des "Symbols Holocaust" zu schützen.

Finkelstein setzt sich hier deutlich von den Thesen des Chicagoer Universitätsprofessors Peter Novick ab, der in seinem Buch "Der Holocaust im gesellschaftlichen Leben der USA" (1999) die Furcht des amerikanischen Judentums vor einem "zweiten Holocaust" im Juni 1967 für die einsetzende Erinnerung an den Völkermord der Nazis verantwortlich gemacht hat. Diese Furcht sei durch die weitgehende internationale Isolation Israels im Oktober 1973 weiter verschärft worden.

Die Heftigkeit, mit der Novick auf die jüngsten Thesen Finkelsteins reagiert hat (Novick spricht von "Unrat", "hanebüchene Fehledeutungen" und "absurden Behauptungen"), hat Finkelstein zu einer Erwiderung veranlaßt: Falls es zutreffend sein sollte, was Novick behauptete, warum hätten sich die jüdischen Interessenverbände des Holocausts nicht bereits 1948 erinnert, als sich Israel viel größeren Bedrohungen ausgesetzt gesehen habe? Oder 1956, als Israel diplomatisch wesentlich stärker isoliert gewesen sei? So Finkelsteins provozierende Fragen, auf die Novick bisher die Antwort schuldig geblieben ist.

Doch Norman Finkelstein geht in seiner Argumentation noch weiter: Ein Effekt des nach 1967 einsetzenden Interesses der amerikanischen Juden am Holocaust sei die Unterordnung Israels unter die USA und die zunehmende Entfremdung Israels von den arabischen Nachbarstaaten gewesen. Dieser Effekt sei aus Sicht der jüdischen Fürsprecher Israels in den USA gewünscht, auch wenn diese eine derartige Auslegung als "Häresie" zurückweisen würden. Ein Israel, das im Ausgleich mit seinen arabischen Nachbarn lebe und die Unabhängigkeit von den USA suche, käme aus Sicht der US-Juden einer Katastrophe gleich. Nur ein Israel, daß der USA verpflichtet sei, garantiere, so Finkelstein, daß die Führer der jüdischen Interessenverbände der USA weiter wie Sprecher der hegemonialen Ambitionen der USA auftreten könnten.

Ähnlich argumentiert der von Finkelstein zitierte Linguist Noam Chomsky, wenn dieser feststellt: "Das jüdische Establishment in den USA benötigt Israel nur als Opfer unbarmherziger arabischer Angriffe. Für ein derartiges Israel können Unterstützungen, Geschenke und Geld erreicht werden ..." Jeder wisse von den Aufrufen, Spenden für Israel zu erbringen, die von den jüdischen Interessenverbänden eingesammelt würden. Die Hälfte der Spenden erreiche nicht Israel, sondern bleibe bei den jüdischen Verbänden hängen. "Gibt es", so Chomsky, "einen größeren Zynismus?"

Aus der Sicht Finkelsteins ist die Ausbeutung der bedürftigen Holocaustopfer durch die "Holocaust-Industrie" nur die letzte und häßlichste Manifestation dieses "Zynismus". Diese Darstellung leitet in den wohl umstrittensten Teil des Buches über, in dem sich Finkelstein mit den jüngsten Entschädigungsforderungen der jüdischen Interessenverbände beschäftigt.

Finkelsteins Sprache läßt hier an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig. So stellt er fest, daß sich die "Holocaust-Industrie" zu einem "ausgesprochenen Erpressungs-Instrument" entwickelt habe. Unter dem Vorwand, die Interessen des weltweiten (lebenden und verstorbenen) Judentums zu verkörpern, würden quer durch Europa Forderungen nach Kompensationen erhoben.

Besonders ins Zwielficht gerät in dem Buch "Die Holocaust-Industrie" der Jüdische Weltkongreß, dessen Präsident Edgar Bronfman sich laut Finkelstein im Januar auf der Londoner Holocaust-Konferenz damit hervorgetan haben soll, ein Vermögen von umgerechnet zirka sieben

Milliarden Dollar in Geld und Vermögenswerten aus Entschädigungsleistungen gehortet zu haben. Tom Bower, ein Autor, der sich intensiv mit den Entschädigungsverhandlungen mit den Schweizer Banken beschäftigt hat, widersprach Finkelstein in dieser Hinsicht inzwischen: "Die sieben Milliarden Dollar sind ein Mythos", behauptet Bower im eingangs erwähnten "Observer".

Umstritten ist auch die Zahl von nur 100.000 jüdischen Überlebenden des Holocausts, die es laut Finkelstein noch gibt. Er folgert, daß von den jüdischen Interessenverbänden im Zusammenhang mit den Entschädigungszahlungen die Zahlen bewußt zu hoch angesetzt worden seien, um höhere Entschädigungsleistungen erzwingen zu können. Finkelsteins Gegner verweisen darauf, daß unter den Begriff "Überlebende des Holocaust" nicht nur diejenigen Juden fielen, die die KZs überlebt hätten, sondern auch jene, die gezwungen worden seien, ihre Heimat bzw. ihre Häuser zu verlassen oder auch jene, die als Nachkommen der Opfer psychisch traumatisiert worden seien oder finanzielle Nachteile erlitten hätten.

Auf den Vorwurf Finkelsteins, die jüdischen Interessenverbände hätten die 1,25 Milliarden Dollar, welche die Schweizer Banken zugesagt hätten, bisher nicht an die Opfer weitergeleitet, konterten dessen Gegner, daß trotz der erzielten Vereinbarung das Geld noch in der Schweiz sei, weil die US-Gerichte noch nicht über die Verteilung entschieden hätten. Damit würde auch der Vorwurf Finkelsteins, das Geld würde die Opfer niemals erreichen, (zunächst) gegenstandslos.

Wie über Finkelsteins Vorwürfe im einzelnen auch entschieden wird: sein Buch hat die jüdischen Interessenverbände, allen voran den scheinbar allmächtigen World Jewish Congress (WJC) und die Jewish Claims Conference, in Rechtfertigungszwang gebracht.

Angemerkt werden muß in diesem Zusammenhang, daß der WJC keineswegs, wie der deutsche Diplomat Wolf Calebow in seinem lesenswerten Buch "Auf dem Weg zur Normalisierung. 15 Jahre Dialog mit amerikanischen Juden" (Berlin Verlag 1999, siehe ausführliche OB-Rezension in Folge 3/2000) feststellte, die Juden insgesamt repräsentiert, sondern einen jüdischen Interessenverband unter vielen anderen darstellt. Es gibt nach wie vor keine jüdische Organisation, die für sich in Anspruch nehmen könnte, für das "gesamte Judentum" zu sprechen - auch wenn insbesondere die deutsche Übersetzung "Jüdischer Weltkongreß" dies im Hinblick auf den WJC nahelegt.

Norman Finkelstein: The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, ... London/New York 2000 ...<<

25.08.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. August 2000: >>600.000 Spätaussiedler

Rund 600.000 Spätaussiedler wollen derzeit nach Deutschland. Davon haben 150.000 bereits eine Einreisegenehmigung, wie der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, gestern in Berlin mitteilte. Die Integration der Spätaussiedler werde immer schwerer. Die Bundesregierung erwäge, die Sprachprüfungen für Einreisende zu erweitern und mehr Sprachkurse anzubieten.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 25. August 2000: >>Ein Provokateur, um den es einsam wird: Norman Finkelstein

Finkelstein ist heute der einsamste jüdische Kritiker des jüdischen Gedenkens an den Genozid. Man weiß nicht viel von dem New Yorker Politologen Norman G. Finkelstein, der mit einem in jeder Hinsicht leichtgewichtigen Bändchen voller Polemik und Wüten gegen "Die Holocaust-Industrie" Zeithistoriker umtreibt wie seit der Goldhagen-Debatte nicht mehr.

Bekannt ist immerhin, daß der Hochschullehrer an der New York University vor drei Jahren Daniel Goldhagens Bestseller "Hitlers willige Vollstrecker" dekonstruierte und den Autor mit wenig mehr stehen ließ als seinen Tantiemen. Und man ahnt, daß Finkelstein heute der ein-

samste jüdische Kritiker des jüdischen Gedenkens an den Genozid ist.

Sein Vorwurf in "The Holocaust Industry", die Eliten des Judentums in Amerika erpreßten mit einem verkitschten Holocaust-Mythos Wohlverhalten in Washington, Geld in Deutschland und der Schweiz und veruntreuten es, ist so ungeheuerlich, wie sein Verdikt alt ist, Zionisten in Israel immunisierten sich mit dem Völkermord.

Vor Monaten sagte Norman Finkelstein, der von Princeton mit einer Arbeit über die Zionismustheorie promoviert wurde, gegenüber dieser Zeitung, er werde sich nach Erscheinen seines Buchs nicht mehr auf die Straße trauen können. Und es klang schon damals, als der pro-palästinensische Nahost-Fachmann aus der Schule um Noam Chomsky ein justiziables Pamphlet gegen die Jewish Claims Conference andiente - und uns zu "feige" fand -, als werde er seinen Kamikazegang so mutwillig genießen, wie er ihn begann.

Daniel Goldhagen ist er in inniger Feindschaft verbunden und sonderbar verwandt in seinem Hang zur Quellenvergiftung, seit er 1997 in dem Essay "Eine Nation vor Gericht" dessen These von einem deutschen Muttermilch-Antisemitismus für "verrückt" erklärte - um den Lohn, selbst bei manchem Gutwilligen als Goldhagens "Doppelgänger" in Verruf zu geraten, ein Jäger so fahrlässig und paranoid wie der Gejagte. Goldhagen verhöhnnte den "Verschwörungstheoretiker".

Nun erinnert man sich wieder des Bruderkriegs, der nur Finkelsteins neuen Angriff vorbereitete auf ein Phänomen, das unleugbar hinter dem US-Spottwort "There's no business like Shoah-business" steht. Norman Finkelstein hat sich früh ausgezeichnet, als er Joan Peters' Buch "From Time Immemorial" (1985), das den Palästinensern jedes historische Heimatrecht absprach, Punkt für Punkt widerlegte. Und auch 1997 galt Norman Finkelstein in der Linken als Held, weil er mit seinem Text dem offenen Druck der Anti-Defamation League auf den US-Verleger nach Cambridge auswich.

Was treibt Norman Finkelstein an? Vergeltung für das doppelte Leiden seiner Eltern, lautet eine Vermutung. Der Sohn, geboren in Brooklyn 1953, widmete Maryla Husyt und Zacharias Finkelstein, die das Warschauer Getto, Maidanek und Auschwitz überlebten, eines seiner Bücher: "Möge ich niemals vergeben oder vergessen, was man ihnen angetan hat."

Alle anderen Verwandten wurden ermordet. Seine Mutter, die stets die Einzigartigkeit des Holocaust bestritt, wurde mit 3.500 Dollar Entschädigung abgespeist. Peter Novick, dessen Buch "The Holocaust in American Life" nach zehnjähriger Forschung Finkelsteins Thesen ungleich fundierter und sachlicher stützt, nennt die Polemik seines Nachahmers "Dreck", übersät mit "falschen Anschuldigungen und falschen Behauptungen". Es stimme ihn traurig, sagte ein US-Historiker, und er meide sonst das infame Wort vom "jüdischen Selbsthaß". Aber bei Norman Finkelsteins "J'accuse" ("Anklage") spreche einiges dafür.

Auf seiner eigenen Web-Seite, auf der seine Brüder Richard und Henry die volle Solidarität der Familie bekennen, dokumentiert Norman Finkelstein nicht nur zwei Jahre alte Vortragstermine. Sondern auch, obgleich des Deutschen unkundig, die Diskussion zu "Holocaust-Industrie" in Deutschland.

Die US-Debatte hat noch kaum begonnen. Omer Bartov, der das Buch, "die Ansichten eines ideologischen Fanatikers zu anderer Leute Opportunismus", als erster brillant und unzweideutig verriß, erwartet keinen Streit. Zu abstrus sei das Ganze. Raul Hilberg, einer der Autoritäten in der Holocaust-Forschung, findet einige grundsätzliche Wahrheiten in der "eher journalistischen Darstellung". Es sei richtig, daß in Amerika Israels Holocaust-Ausbeutung zensiert und Opferzahlen überschätzt würden. Und die Zahlungen der Schweizer Banken an Juden in Amerika "erscheinen mir obszön". Norman Finkelstein ist einsam, aber noch nicht allein.<<

02.09.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. September 2000: >>Zwangsarbeiter müssen weiter warten

Die Entschädigungszahlungen an NS-Zwangsarbeiter noch in diesem Jahr sind gefährdet, nachdem in den USA die Frage der Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen noch nicht garantiert ist. ...

Ohne Rechtssicherheit gebe es keine Freistellung des Geldes durch den Bundestag sagte (Botschafter) Kastrup. Die amerikanische Regierung sei sich jedoch ihrer Verantwortung bewußt. Nach der von US-Juristen geschilderten gegenwärtigen Sachlage liege der Schlüssel für Leistungen an die Opfer in den USA. ...<<

04.09.2000

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. September 2000: >>**Verheugen verärgert EU-Spitze**

EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzieren sich von Verheugens Äußerungen. ...

Schwer verärgert reagierte Kommissionspräsident Romano Prodi am Rande eines informellen Außenministertreffens in Evian am Genfer See. In einem Telefongespräch bat er Verheugen, nicht zu einer "Angst-Spaltung der öffentlichen Meinung" beizutragen. ...

Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen.

In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben." ...<<

09.09.2000

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 9. September 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Gegen das Vergessen**

Sind Vertriebene Nazis? Für ein paar autonome Schreier, die jeden noch so friedlichen Vertriebenen-Kongreß mit Parolen und Störversuchen begleiten, ja.

Ostpreußen, Schlesier, Sudetendeutsche und Pommern, die gekommen sind, um einmal im Jahr die Erinnerung an ihre Heimat wachzuhalten, aus der sie einst - völkerrechtswidrig - vertrieben worden sind, sehen sich plötzlich Sprechchören "Faschisten raus!" ausgesetzt.

Das sind natürlich nur ein paar psychisch gestörte Krawallmacher, will man uns weismachen. Doch Vorsicht. Vieles, was in den Patientenkollektiven der armen (Halb-)Irren erdacht wird, landet ein paar Jahre später als Redesplitter bei der Bundestagspräsidentin, mindestens aber beim Altbundespräsidenten. Und neuerdings bei Rau. So zum Beispiel, daß alle Deutschen von Haus besonders gefährlich sind. Gerade wir als Deutsche. Sind aufgerufen. Müßten, sollten, dürfen nicht. Heimatrecht? Das ist ein heißes Eisen.

Nicht für Tibeter, Kurden, Bosnier, Kosovo-Albaner, Hutus und Tutsis. Besonders für Kosovo-Albaner nicht. Da ist unser Außenminister sehr streng. Der Verteidigungsminister auch. Besonders diese beiden konnten sich während des Kosovo-Krieges gar nicht mehr einkriegen vor lauter Empörung über die Vertreibung und die "ethnische Säuberung".

Vertreibungsverbrechen. Ethnische Säuberung. Buchstäblich alle fünf Minuten tönten diese Worte aus dem Mund der Politiker und Pressesprecher, in allen Fernseh- und Rundfunksendungen, in Talk- showrunden und Zeitungskommentaren: Ethnische Säuberung und Vertreibung. Die Worte kommen plötzlich 1999 so selbstverständlich daher wie das Wort Wolken und Sprühregen. Oder - Krieg. Gegen die Vertreibung.

Ethnische Säuberung heißt, einen Landstrich oder ein ganzes Land von Angehörigen eines bestimmten Volkes (einer Ethnie) zu "säubern" wie eine Wohnung von Kakerlaken oder einen

Keller von Ratten. Alle Bewohner des Landes, die sich durch Sprache und ihre Kultur von den anderen unterscheiden, werden vertrieben, viele getötet. Das Ergebnis ist ein Landstrich oder ein Land, in dem nur noch Angehörige eines Volkes leben. Das Land ist jetzt ethnisch "sauber".

Vertreibungsverbrechen meint sowohl die Verbrechen, die während der Vertreibung der Bewohner des Landes begangen werden: Raub, Brandstiftung, Folter, Verstümmelung, massenhafte Vergewaltigung und Mord als auch das völkerrechtliche Verbrechen der Vertreibung selbst.

Vertreibung und ethnische Säuberung sind ein Bruch des Völkerrechts und ein schweres Verbrechen. So steht es in der Resolution der Uno-Menschenrechtskommission und auch im Bundestagsbeschluß vom 13. April 1994. Das gilt für alle Völker, jedenfalls für Kurden, Tibeter, Äthiopier, Hutus und Tutus, Serben, Bosnier und Albaner aus dem Kosovo.

Gilt es auch für Deutsche?

13 Millionen Deutsche wurden nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben, viele Hunderttausende deutscher Frauen vergewaltigt. 2,2 Millionen Deutsche in ganz Europa fanden bei den ethnischen Säuberungen den Tod. Die Zahlen werden inzwischen von niemandem mehr bestritten. Eigentum wurde zerstört oder enteignet, Milliardenwerte. Die Länder Polen und Tschechien sind seitdem, was die Deutschen anbetrifft, ethnisch sauber.

Doch die Millionen Toten, Vergewaltigten, aus ihrer Heimat Vertriebenen und Enteigneten wurden von grünen und sozialdemokratischen Politikern, auch von der Mehrheit der linksliberalen Medien bisher als eine Art Sühneopfer für die einmaligen Verbrechen Hitlers angesehen. Warum gerade sie? Ja - Pech gehabt.

Vertreibungsverbrechen sind zu verdammen. Gut so, Rudolf Scharping und Joschka Fischer. Aber wo ist die Empörung über die ethnische Säuberung von Pommern, Ostpreußen, Danzig, Schlesien und dem Sudetenland, der Vertreibung - und Ermordung von Millionen Landsleuten. Die Vergewaltigungen von rund zwei Millionen deutscher Frauen und Mädchen - zum Teil noch Kindern - war kein einmaliger spontaner Akt unmittelbar nach der Hitze des Gefechts, sie wurde von den Propagandisten wie dem Dichter Ilja Ehrenburg ausdrücklich gefordert, von den Militärbehörden geduldet. Über ein halbes Jahr lang wurden Hunderttausende Frauen Tag für Tag und Nacht für Nacht vergewaltigt!

Und dennoch reichten die deutschen Vertriebenen die Hand zur Versöhnung. Zuerst waren es kirchliche Gruppen, Katholiken aus meiner Heimatstadt Danzig.

Und dennoch haben die deutschen Vertriebenen, vertreten durch ihre Organisationen, fünf Jahre nach dem Krieg, am 5. August 1950, die Charta der Vertriebenen veröffentlicht.

Doch in den Augen der Ostblockstaaten, ebenso wie in den Augen der deutschen Linken und Liberalen, blieben die Vertriebenen Revanchisten und Kriegshetzer, wenn nicht Schlimmeres. Heute, mehr als 50 Jahre nach der Charta, fragen sich manche Vertriebene, haben wir damals etwas falsch gemacht, waren wir zu schüchtern, haben wir uns vielleicht nicht deutlich genug ausgedrückt?

War der "Verzicht auf Rache und Vergeltung" gleichbedeutend mit dem Verzicht auf das Gedächtnis?

Vergessen? Vergessen das Leid, die Todesopfer und die erlittenen Demütigungen, der Lebenszeit und der erlittenen materiellen Verluste?

Wird nicht nahezu an jedem Tag, unaufhörlich in allen Medien das deutsche Volk gemahnt, das maßlose Leid der unschuldigen Opfer des Hitler-Regimes nicht zu vergessen?

Sind die Millionen ostpreußischer, pommerscher, schlesischer und sudetendeutscher Frauen und Kinder weniger unschuldig, nur weil sie Deutsche waren?

Gibt es zweierlei Sorten von unschuldig Ermordeten und Zwangsarbeitern?

Wird es nicht Zeit, daß auch von seiten der Tschechen und Polen ein Wort des Bedauerns

fällt, die Menschenwürde der Vertriebenen und ihr Recht auf Heimat anerkannt wird?

Gegen das Vergessen: Ist es nicht langsam Zeit, an die deutschen Vertriebenen zu denken, die Ermordeten, die Gequälten und Geschundenen, die oft in Lagern jahrelang Zwangsarbeit leisteten, von denen die meisten krank und gebrechlich geworden sind, viele schon gestorben sind und in den nächsten Jahren sterben werden, ohne daß auch nur ein Wort des Bedauerns fällt, auch nur eine Geste der Wiedergutmachung, geschweige denn eine Entschädigung überhaupt zur Diskussion gestellt wird? –

Oder sollen nur jene Opfer entschädigt werden, die von New Yorker Anwälten wie Ed Fagan vertreten werden?

Ist nicht allmählich auch für die deutschen Opfer der Gewalt das Ende der Bescheidenheit angesagt?

Die Forderungen der Vertriebenen, die sich der Ministerpräsident von Bayern und die prominente CDU-Politikerin Erika Steinbach zu eigen gemacht haben, lauten: Anerkennung ihres Rechts auf Heimat, einschließlich des Anspruchs auf Entschädigung für die erlittenen Enteignungen. Und - das ist der neueste, praktische Schritt der Sudetendeutschen Landsmannschaft in diesen Tagen des Mai, die Entschädigung der deutschen Zwangsarbeiter aus dem Zukunftsfonds, einem Gemeinschaftsfonds der deutschen und tschechischen Regierung.

Die Landsmannschaft hat 2.000 Härtefälle ermittelt, die mit je 4.000 Mark entschädigt werden sollen, eine symbolische Geste, nicht mehr, das fordern auch Frau Steinbach und der bayerische Ministerpräsident Stoiber.

Selbst die tschechische Zeitung "Mlada fronta" unterstützt die Forderung der Landsmannschaft, den deutschen Opfern tschechischer Gewalt eine symbolische Entschädigung zukommen zu lassen, aber die Linken und die Grünen befürchten eine schwere Verärgerung der Tschechen, und die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne) behauptet (frech), Ziel des Antrages sei das "Hervorrufen schwerer außenpolitischer Verstimmung zwischen Berlin und Prag". ("FAZ" 20. Mai 2000).

Vielleicht hätten die deutschen Heimatvertriebenen 1950 und in den vielen Jahren danach sich nicht immer nur entschuldigen sollen. Sondern auch um Entschuldigung der anderen Seite bitten. Die andere Seite, das waren damals Kommunisten, Anhänger eines Terrorregimes, Stalinisten.

Warum sollten sich die heute in der Tschechei und Polen herrschenden Demokraten nicht entschuldigen für die Verbrechen bei der Vertreibung? Für die 2,2 Millionen Toten. Wäre das nur eine symbolische Geste ohne Bedeutung?

Warum denn war der Kniefall Willy Brandts vor den Opfern deutscher Gewalt von solcher herausragenden Bedeutung? Wäre nicht nach diesem vielbewunderten Kniefall auch ein kleiner, verschämter Knicks vor den Millionen ermordeter deutscher Zivilisten angebracht?

"Wer eine friedliche und auch freundschaftliche Nachbarschaft will, muß die Wunden säubern", sagt Frau Steinbach und fordert die Bundesregierung auf, darüber zu verhandeln.

Ein sehr realistischer Gedanke, mit großer Aussicht auf Erfolg, wenn die gewichtige Stimme Deutschlands in der Europäischen Union in die Waagschale geworfen wird. Denn der Wunsch der osteuropäischen Staaten, Mitglied im gelobten Euroland zu werden, ist außerordentlich, ihr Interesse daran, eines Tages am westeuropäischen Wirtschaftswunder und seiner neuen Währung (an die sie womöglich übertriebene Hoffnungen knüpfen!) teilzunehmen, schier unermesslich.

Ungarn hat auch bereits bescheidene Entschädigungsleistungen für die vertriebenen Ungarndeutschen beschlossen und damit ein Signal gesetzt, übrigens auch Rumänien und vor allem die baltischen Staaten Lettland und Estland, die sogar die Ansiedlung der ehemals deutschen Bewohner nicht nur erlauben, sondern auch fördern.

Polen und die Tschechei aber mauern.

Frau Steinbach: "Die Osterweiterung der EU ist eine nicht wiederkehrende Möglichkeit, Vertreibungsunrecht zu heilen."

Doch bei manchen bundesdeutschen Politikern heißt es frisch-fröhlich und darwinistisch, das Problem löse sich bald von selber. Die Alten sterben ja weg. Ihre Kinder und Erben sollten, dank 68er Schulreformern, von Ostpreußen und Schlesien eigentlich gar nichts mehr wissen, und auch vom Sudetenland nichts.

Ewiggestrige, Opas, die langsam aussterben, werden die Vertriebenen gern von ihren politischen Gegnern genannt. Doch das biologische Argument schlägt längst zurück. Alle werden alt. Eigentlich machen die sudetendeutschen Opas und Omas und die Oldies aus Ostpreußen vom Jahrgang 1928/29 im Fernsehen immer einen ganz passablen Eindruck - im Vergleich zu den medizinisch stark vorgealterten 68ern, meist mit Stirnglatze und wenigen strähnig-grauen Haarresten, die hinten einen Zopf andeuten sollen. Trau keinem über dreißig! Erst mit dem Molotow-Cocktail in der Hand und dann mit dem Cocktailglas in der Regierung.

Noch kürzlich zeigte sich Ministerpräsident Schröder im Gespräch mit seinem tschechischen Ministerpräsidenten Zeman betont gelassen, wenn nicht unempfindlich gegenüber den Forderungen der Sudetendeutschen. Alles halb so wild, beruhigte er seine Gesprächspartner.

Doch niemand ist wild. Ihr sollt nicht gut sein, sondern nur vernünftig, liebe Rot-Grüne!

Vertreibungsverbrechen und ethnische Säuberung eines ganzen Landes durch die Soldaten und Söldner des serbischen Diktators Milosevic haben in unserem Land Erkenntnisse und Einsichten gefördert, für die früher dreißig Jahre benötigt wurden.

Vielleicht sehen unsere rot-grünen Regierenden, die in wenigen Tagen gelernt haben, was sie seit 1968 verdrängen wollten, nun, nachdem sie so unendlich viel Leid der Opfer einer ethnischen Säuberung mitangesehen haben, am Ende auch das Schicksal von 13 Millionen vertriebenen Deutschen mit anderen Augen: Greise, Frauen und Kinder, die nach 1945 Opfer einer ethnischen Säuberung, also Verbrechen unvorstellbaren Ausmaßes wurden. Vielleicht sollten diese Opfer auch durch ein Mahnmal geehrt werden, wie das Holocaust-Denkmal.

Da die Auslober des großen Berliner Denkmals alle nichtjüdischen Opfer des Nationalsozialismus von ihrem Mahnmal ausschlossen, fordern die anderen Opfer jetzt eigene Mahnmale.

Wenn möglich ebenfalls riesengroß und in der Nähe des Reichstages. Neben dem Mahnmal für Sinti und Roma (6.000 Quadratmeter im Tiergarten) hätten auch die Opfergruppen wie die Homosexuellen oder die Wehrmachtsdeserteure Anspruch auf eine eigene Gedenkstätte, sagte der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Volker Beck. Bald will er ein Stiftungskonzept vorlegen.

Sogar für den anarchistischen Reichstags-Brandstifter van der Lubbe soll ein Denkmal gebaut werden - am Reichstag! Weitere Mahnmale sind denkbar. Der Phantasie - und der großflächigen Bebauung sind keine Grenzen gesetzt.

Wo aber soll das Denkmal für die 2,2 Millionen, durch die Vertreibung ermordeten Ostpreußen, Danziger, Pommern, Schlesier und Sudetendeutschen stehen, Frauen, Kinder und Greise, unschuldig auch sie?

Werden deutsche Opfer beim Bundestag die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Vertriebenen beantragen? Die Gruppe um Lea Rosh wird es nicht tun. In einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks stellte ich Frau Rosh die Frage: "Würden Sie auch ein Mahnmal für die mehr als zwei Millionen toten Vertriebenen unterstützen?" Die Antwort kam kurz und wie aus der Pistole geschossen: Nein.

Glücklicherweise gibt es auch andere Stellungnahmen. Unter dem Eindruck, der massenhaften ethnischen Vertreibung der Kosovo-Albaner ist auch bei den Linken das Verständnis für das millionenfache Unrecht gewachsen, das die deutschen Vertriebenen erlitten haben. So erklärte Innenminister Otto Schily sich kürzlich bereit, den Plan Erika Steinbachs zu unterstützen, in Berlin ein "Haus der Vertreibung" zu errichten.

Nehmen wir ihn beim Wort. Ein Mahnmal für 2,2 Millionen ermordeter deutscher Flüchtlinge. Nicht noch eine gigantomanische Bebauung auf dem Reichstagsgelände. Keine Aufrechnung von Millionen Toten gegen andere Millionen. Eine würdige Stätte der Erinnerung, des Gedenkens - und der Forschung - als die bessere Alternative zu den zementenen und stählerenen Monstern, Mahnmalen und Brandmalen. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 9. September 2000 (x887/...):

>>"**Ende der Diskussion**"

Die Affäre Norman Finkelstein und die deutschen Medien

Seit Wochen macht in den deutschen Feuilletons ein Buch Schlagzeilen, das es in deutscher Sprache noch gar nicht gibt. Das ist ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel. Bereits vor Jahren begann in den deutschen Medien die Schlacht um ein Buch eines gewissen Daniel Jonah Goldhagen, der hierzulande damals selbst Eingeweihten kein Begriff war. In jener Zeit war es das übliche, seit langem funktionierende Medienkartell von "Zeit", "Süddeutsche Zeitung", "Spiegel", "Stern" und "Frankfurter Rundschau", das dafür sorgte, daß die etwas kruden Ideen des jungen Unbekannten über "Hitlers willige Vollstrecker" bereits Wochen vor dem Erscheinen den Bekanntheitsgrad eines Bestsellers hatten.

Bei dem neuen Buch des New Yorker Politologen Norman Finkelstein "The Holocaust Industry" ist dagegen vieles anders verlaufen, was aufhorchen läßt. So ist der Autor in Deutschland zunächst bekannt geworden als Kritiker von Goldhagens Buch. Wieder einmal - wie schon bei Bogdan Musial, der die Anti-Wehrmachts-Ausstellung Reemtsmas scharf kritisierte - konnte Finkelstein nicht in die rechte Ecke gestellt werden. Beide sind überzeugte Linke. So veröffentlichte Finkelstein seine Goldhagen-Kritik zunächst im linken Londoner Theorie-Organ "New Left Review". Auch sein neuestes Buch erschien in dem kleinen, aber nicht unbedeutenden Londoner Verlag "Verso", dessen Veröffentlichungen traditionell linksaußen angesiedelt sind.

Die Kritik an Goldhagens unwissenschaftlichem Ansatz war damals jedoch so allgemein - nicht nur in Deutschland -, daß Finkelsteins Stimme im Chor der Kritiker nahezu unterging. Das ist bei seinem neuen Buch ganz anders, das sich dem Tabu-Thema der Ungerechtigkeiten bei den jüdischen Opfer-Entschädigungen widmet und dabei Organisationen wie die "Jewish Claims Conference" (JCC) massiv kritisiert.

In den USA fand eine offene Diskussion des Buches kaum statt. In Großbritannien dagegen begann schon bald eine breit angelegte Debatte, an der sich der linksliberale "Guardian" ebenso beteiligte wie der "Observer" oder die "Sunday Times". Diese englische Diskussion veranlaßte offenbar die linksbürgerliche, aber geistig unabhängige "Berliner Zeitung", sich Ende Januar 2000 dieses brisanten Themas in einer zweiteiligen Serie erstmals in Deutschland anzunehmen. Die JCC ließ kurz darauf über die "Welt am Sonntag" die dort geäußerten Vorwürfe Finkelsteins kurz, aber heftig dementieren.

Daraufhin folgte eine einmonatige Funkstille zu diesem Thema. Am 5. März wurde ein Interview Finkelsteins mit der Zürcher "Sonntagszeitung" veröffentlicht. Zu jener Zeit tobte sowohl in den USA als auch in Israel eine lebhaft interne Debatte um die Verteilung der zehn Milliarden Mark für die Zwangsarbeiter, in deren Verlauf Finkelstein erneut die JCC scharf angriff; Angriffe, denen sich auch Abgeordnete des israelischen Parlaments, der Knesset, anschlossen. Große Resonanz fand dies in der deutschen Presse nicht. Über Finkelsteins Buch herrschte fast ein halbes Jahr eisiges Schweigen bei der deutschen Presse.

Erst Ende Juli, nachdem die Debatte in Großbritannien immer intensiver geworden war und auch einige kleinere nonkonforme Publikationen in Deutschland berichteten, ging die "Welt" mit Finkelstein ins Gericht. Tenor: "Obwohl sich Finkelstein als bissigster Kritiker der Holocaust-Industrie profiliert, profitiert er zugleich von ihr."

Das hätte eigentlich schon das Ende der Diskussion sein sollen. Aber überraschenderweise

kam wenige Tage später die linksliberale "Woche" mit zwei durchaus wohlwollenden Folgen über das Anliegen Finkelsteins. Als kurz darauf auch noch Ulrich Wickert in seinen ARD-"Tagesthemen" verschiedene Meinungen zu dem Thema zuließ, war das Schweige-Verdikt der Links-Presse endgültig gebrochen.

Als das Buch nicht mehr totzuschweigen war, reagierte die Presse in der üblichen Weise: die einen sagten, es sei unwissenschaftlich, die anderen meinten: alles sei längst bekannt. Doch an einer Tatsache kann das genannte Pressekartell inzwischen nicht mehr vorbei: Nach den Diskussionen um Goldhagen, Walser und Sloterdijk, wo es immerhin gelungen war, bei einer Kampagne gegen Andersdenkende öffentlich gegenzuhalten und den linken Medien die alleinige intellektuelle Definitionshoheit zu entziehen, ist es nunmehr in der Finkelstein-Debatte erstmals seit langer Zeit geschehen, daß eine Übereinkunft des Schweigens fast aller traditioneller linker Medien gebrochen werden konnte.

Dies ist durchaus ein Erfolg. Es zeigt, daß sich auf Dauer die Absprachen zwischen den Medien im Zeitalter des Internet nicht mehr länger durchhalten lassen. Zu befürchten ist allerdings, daß der linksbürgerliche Konformismus sich schon bald etwas anderes einfallen läßt, um seinen Willen zur geistigen Vorherrschaft hierzulande unter Beweis zu stellen.<<

29.09.2000

Dänemark: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. September 2000:

>>**Mehrheit der Dänen sagt "Nej" zum Euro**

In Dänemark zeichnete sich am Donnerstagabend eine klare Mehrheit gegen die Einführung des Euros ab. ... Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %.

Die Befürworter, unter ihnen auch die sozialdemokratische Regierung, ... hatten sich von einem Ja zum Euro einen Wirtschaftsaufschwung, mehr Arbeitsplätze und einen größeren Einfluß auf finanzpolitische Entscheidungen der Europäischen Union erhofft. Die Gegner sahen dagegen soziale Errungenschaften und die dänische Souveränität gefährdet.

Die Abstimmung wurde vor allem in Schweden und Großbritannien genau verfolgt, da auch dort Referenden zum Euro anstehen. ...

In Berlin hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) die Dänen aufgefordert, für den Euro zu stimmen. Eichel sagte auf die Frage, was eine Ablehnung der Dänen bedeuten würde: "Europa geht weiter." Die europäische Einigung sei ein unumkehrbarer politischer Prozeß.<<

30.09.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2000: >>**Die**

DDR – so oder so gesehen

... In dem Buch "Zwei deutsche Sichten. Dialog auf gleicher Augenhöhe" ... befassen sich Rainer Eppelmann (ehemaliger SED-Gegner und heutiger CDU-Bundestagsabgeordneter) und Dietmar Keller (ehemaliger SED-Funktionär und heutiger PDS-Abgeordneter) mit der DDR.

...

Eppelmans Bilanz 10 Jahre nach der Einigung fällt rundum positiv aus, vor allem wenn er sich vorstelle, wo die DDR heute stünde, würde sie noch existieren. "Ich bin ein bißchen traurig, daß wir die Dinge, die inzwischen selbstverständlich geworden sind, so wenig schätzen."

Keller betont, er trauere der DDR nicht nach, aber er rühmt deren "soziale Errungenschaften". Unter die Räder gekommen seien "die Gleichstellung der Frau, ein stressfreies Brigadeleben, menschliche Wärme, Geborgenheit und Solidarität, durchgängige Versorgung von Klein- und Schulkindern".

Ein Unrechtsstaat sei die DDR nicht gewesen, freilich auch kein Rechtsstaat. Keller spricht von einem autoritären Staatssozialismus in Form einer Parteidiktatur". Er fügt hinzu: "Die Mitglieder des SED-Politbüros hielten sich für allwissend und zunehmend auch für unfehlbar, betrachteten sich als eigentlichen Souverän, waren Gesetzgeber und Justiz zugleich."

Ausschlaggebend für das Ende der DDR seien gewesen: ein falsches Menschenbild, eine fal-

sche Haltung zum Eigentum und die Fremdbestimmung durch die Sowjetunion.

... Der Sozialismus, daran hält er denn doch fest, bleibe eine Hoffnung für die Menschheit.

... Vom alten Denken zeugt im Übrigen Kellers Bekenntnis zu seiner Solidarität mit Ho Chi Minh und Fidel Castro, zwei üblen Diktatoren. ...<<

02.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 2000: >>Günter Schabowski, zum Tag der Einheit begnadigtes früheres SED-Politbüromitglied, und der Bürgerrechtler Wolfgang Templin haben am Sonntag in Tutzing vor einem Schlußstrich unter die DDR-Vergangenheit gewarnt. ... Schabowski zeigte sich enttäuscht, daß die PDS manchen Politikern wieder hoffähig erscheine. ...

Schabowski sagte jetzt: "Ein erheblicher Teil der PDS hält an marxistisch-leninistischen Positionen fest." Die Anpassung vieler PDS-Politiker sei Taktik. Aber weil die PDS im Osten auf 20 % komme, erscheine sie manchen Politikern plötzlich koalitionsfähig, bedauerte der 71jährige. Als Mitschuldiger für die kommunistische Katastrophe warne er vor der Heilsbotschaft, die in Zeiten der Globalisierung mehr Menschen verführen könne.<<

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 2000 über ein Gespräch mit dem früheren sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse: >>"Wir hatten Angst, daß in Berlin geschossen wird"

... "Es hätte zu einem Dritten Weltkrieg kommen können."

Das Schwierigste sei damals gewesen, die sowjetische Führung davon zu überzeugen, ihre Zustimmung zur deutschen Einheit zu geben. Im Politbüro der KPdSU in Moskau habe es zahlreiche Gegner der Einheit Deutschlands gegeben. ...

"Wir hatten der DDR-Regierung (im Jahre 1989) klargemacht, daß sie auf keinen Fall Gewalt gegenüber ihren Bürgern anwenden darf", sagt Schewardnadse. Selbstverständlich habe man auch die eigenen Militärs in der DDR angewiesen, die Kasernen auf keinen Fall zu verlassen. ... Zum Glück seien auch die Amerikaner daran interessiert gewesen, den Prozeß der deutschen Einheit möglichst schnell durchzuziehen.

In einer heute noch in Deutschland heiß umstrittenen Frage tritt Schewardnadse einer Darstellung der Regierung Kohl entgegen: Es stimme nicht, sagt der frühere sowjetische Außenminister, daß der Kreml die Unumkehrbarkeit der Enteignungen zwischen 1945 und 1949 zur Bedingung der deutschen Einheit gemacht habe. ...<<

13.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Oktober 2000: >>Nikolai Bersarin, der erste sowjetische Stadtkommandant in Berlin wird nicht wieder Ehrenbürger der Stadt. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) lehnte für den Senat die Verleihung der Würde endgültig ab und setzte sich damit über den Mehrheitswillen des Abgeordnetenhauses hinweg. ...

Bersarin war die Ehrenbürgerwürde posthum vom Ostberliner Magistrat verliehen worden. Nach der Wende wurde sie ihm 1992 vom Gesamtberliner Abgeordnetenhaus wieder aberkannt.<<

16.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Oktober 2000: >>**Rau macht Druck für Entschädigung**

Auf die Frage, ob das Zögern der Wirtschaft "eine Schande für die Demokratie" sei, erklärte Rau im Sender TV-Berlin: "Ich glaube, es ist ein großer Schaden." Was zugesagt wurde, solle auch gehalten werden. Er vertraue jedoch darauf, daß die Wirtschaft die versprochenen fünf Milliarden aufbringe, sagte der Bundespräsident.

... Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck verlangt eine Art schwarze Liste, auf der zahlungsunwillige Unternehmen namentlich aufgeführt werden. "Diese Betriebe müssen unter

öffentlichen moralischen Druck gesetzt werden", sagte Struck der "Magdeburger Volksstimme". ...<<

21.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Oktober 2000: >>Continental eröffnet Reifenfabrik in Rumänien. ... Nach dem tschechischen Werk in Otrokovice, das eine Kapazität von 12 Millionen Reifen hat, ist Timisoara das zweitgrößte Reifenwerk der Conti in Europa. Insgesamt wird Continental dort 200 Millionen DM investieren. Das ist die bisher größte Investition in Rumänien. ...

Mit dem neuen Werk soll der Anteil von Niedriglohnländern an der Reifenproduktion bei Conti von derzeit 42 auf 50 Prozent steigen. 1999 hatte das Unternehmen ein Reifenwerk in Schottland geschlossen, vor vier Jahren eins in Irland. ...<<

24.10.2000

Slowakei: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Oktober 2000: >>**Lob für Kurs der Slowakei ...**

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat der slowakischen Republik bei ihren Bemühungen um den Beitritt zur Europäischen Union (EU) und zur NATO zugesagt. ... "Die Slowakei kann sich auf unsere Unterstützung für einen zügigen Beitrittsprozeß verlassen." ... Der frühestmögliche Zeitpunkt für die EU-Erweiterung sei 2003, sagte der Kanzler. Die EU wolle bis 2002 aufnahmefähig für neue Mitglieder sein. ...

Kein Datum nannte der Kanzler für den gleichfalls von der Slowakei angestrebten Beitritt zur Nato. Schröder unterstrich aber, auch für die Nato gelte die Position, "die Tür bleibt offen für neue Mitglieder". Zu einer Nato-Erweiterung werde es zwar "nicht über Nacht" kommen, doch wenn es soweit sei, "kann sich die Slowakei auf die Unterstützung Deutschlands verlassen", sagte der deutsche Kanzler. ...<<

26.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Oktober 2000: >>"**In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder**"

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitbilanz über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäische Union. ...

Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-160):

>>Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirtschaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig. Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last. Trotz dieses Entgegenkommens betrugen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.

Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.

Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen.

Dank erntet der deutsche Weihnachtsmann freilich nur selten. 2003 wollte Verteidigungsminister Struck 23 moderne Jagdflugzeuge vom Typ MiG 29 an Polen zum symbolischen Preis von einem Euro abgeben und erwartete, daß Warschau die Maschinen in Deutschland warten und reparieren läßt. Warschau kündigte an, daß es das Geschenk zwar annehmen, die Wartung aber nicht in Deutschland vergeben wolle. Der CDU-Haushaltsexperte Austermann und der Bundesrechnungshof legten Protest gegen das Geschäft ein. –

Auch auf höchster Ebene hörte man aus Warschau nicht immer deutschfreundliche Töne. Sogar Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker meinte da, Deutschland dürfe sich von polnischen Angriffen nicht verunsichern lassen. Die Wahrheit sei, daß die Bundesrepublik schon jetzt "bis zur Selbstaufgabe" Rücksicht auf Polen nehme.

Aber da dürfte sich so schnell nichts ändern. Schon vor geraumer Zeit hat der geistreiche Timothy G. Ash angemerkt, die Bundesregierung erstrebe "freundschaftliche Beziehungen mit dem Himmel, vertiefte Partnerschaft mit der Erde, aber auch fruchtbare Zusammenarbeit mit der Hölle".<<

28.10.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Oktober 2000: >>Holocaust-Denkmal kostet 50 Millionen Mark

Das in Berlin geplante Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden wird nach jüngsten Berechnungen rund 50 Millionen Mark kosten. ...

Das Mahnmal, das an die 6 Millionen ermordeten Juden in Europa erinnert, wird zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz errichtet. Die Sprecherin des Denkmal-Fördervereins, Lea Rosh, berichtete, die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wolle sich an der Gestaltung des Dokumentationszentrums beteiligen. Sämtliche Namen, Daten und Schicksale der während des Nazi-Regimes ermordeten Juden sollen in Berlin in einem "Raum der Namen" einsehbar sein.<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet am 28. Oktober 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Repressalien gegen die Zivilbevölkerung und das Völkerrecht im Zweiten Weltkrieg

Die Tragödie von Kalavrita

Wenn mich etwas am heutigen Deutschland beunruhigt, dann ist es vor allem eines: Die Deutschen wollen offenbar begierig die größten Verbrecher der Geschichte sein - und zugleich die unschlagbar größten Büßer. Das halte ich für krankhaft." An diese Worte des amerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred de Zayas wurde man unwillkürlich erinnert, als Bundespräsident Rau bei seinem Staatsbesuch in Griechenland "tiefe Trauer und Scham" für die im deutschen Namen begangenen Verbrechen bekundete und hierfür um Vergebung bat.

Er hatte Kalavrita bewußt in das Programm seines Besuchs aufgenommen. Es handelte sich also um einen sorgfältig geplanten Reueakt im deutschen Namen - analog dem Kniefall Brandts in Warschau. Bei der deutschen Mentalität, die nicht nur mit dem Scheckbuch, sondern auch im Büßergewand durch die Lande zieht, wundert es niemanden, daß der Herr Bundespräsident offenbar über die zweifellos schrecklichen Vorgänge in dem griechischen Dorf nicht annähernd informiert war. Daß er - wie bei deutschen Politikern üblich - "vergaß", der bestialisch ermordeten deutschen Soldaten zu gedenken, paßt in das Bild der political correctness.

Was war geschehen? Eine deutsche Einheit der 117. Jägerdivision geriet in einen Hinterhalt der Partisanen, dem die Hälfte der Soldaten zum Opfer fiel. Später wurden - hier wird das Di-

lemma historischer Aufarbeitung deutlich - weitere 70 deutsche Soldaten verstümmelt und ermordet aufgefunden. Sogar die Zeitungen, die über den Besuch des Bundespräsidenten berichteten, sprachen von 80 ermordeten deutschen Soldaten. General v. Le Suire, der Divisionskommandeur, ließ nach einer Version 700 alte Leute, Frauen und Kinder erschießen, weil die Männer der umliegenden Dörfer ins Gebirge geflüchtet waren. Andere Berichte sprechen davon, daß zwar etliche Frauen, aber keine Kinder erschossen wurden.

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 14. Februar 1977 von 81 ermordeten deutschen Soldaten - ohne die zuvor in einem Hinterhalt getöteten Soldaten zu erwähnen. Nach ihr seien sämtliche männlichen Bewohner zwischen 14 und 80 Jahren getötet worden. Die Zahl der Opfer habe mehr als 1.200 betragen. Bemerkenswerterweise schreibt sie von einer "Massenhinrichtung", nicht einem "Massenmord". Sind beide Begriffe etwa deckungsgleich?

Sehen wir einmal davon ab, daß die Zahl der getöteten Griechen in Kalavrita offenbar nicht genau festzustellen ist - denn die Angaben nennen einmal 511 ("Spiegel" vom 29. Dezember 1997), in der Nr. 41/1969 heißt es bei ihm "etwa 800 Männer", während die "Süddeutsche Zeitung" vom 12. März 1982 von 674 Männern schreibt, die erschossen worden seien. Die Staatsanwaltschaft Bochum, die 1974 wegen Kalavrita ein Verfahren eingeleitet hatte, schlug dieses nieder, weil "die Erschießungen der griechischen Männer in Kalavrita ihrem Charakter nach Repressalien darstellen." Für die Ermordung von 75 deutschen Soldaten sei die - hier heißt es auf einmal - "Ermordung von 674 Männern und die Zerstörung von 15 Ortschaften "angemessen".

Sind "Ermordung", "Repressalie" und "Hinrichtung" austauschbare Begriffe? Der Begriff "Repressalie" findet sich nach dem Militärgeschichtler Franz Seidler "in keiner völkerrechtlichen Vereinbarung. Nirgendwo war festgelegt, von wem welche Repressalien für welchen Fall ergriffen werden durften. Das Instrument der Repressalie war lediglich gewohnheitsrechtlich anerkannt und wurde nach den allgemeinen Gepflogenheiten der Staatengemeinschaft gehandhabt. Es beruhte auf dem Prinzip der Kollektivverantwortung." (Man denke an die Entschädigung für Zwangsarbeiter.)

Vom Standpunkt der Menschlichkeit ist es nicht nur unverständlich, sondern auch unerträglich, daß unschuldige Geiseln für fremdes Verschulden leiden müssen. Es erhebt sich freilich die Frage, ob es nicht auch unschuldige Soldaten sind, die Kriegsverbrechen zum Opfer fallen. Man denke etwa an den heimtückischen Bombenanschlag in der Via Rasella.

Die Kriegsgeschichte fast aller Nationen kennt die Anwendung von Repressalien. So fielen den britischen Repressalien im Burenkrieg etwa 20.000 Zivilisten zum Opfer. Darüber hinaus wurden Tausende Bauernhöfe niedergebrannt. Im Prozeß gegen Obersturmbannführer Kappler erklärte das Tribunale Supremo Militare am 13. März 1950: "Die anglo-amerikanische wie auch die deutsche, französische und italienische Kriegsgeschichte geben Beispiele, aus denen hervorgeht, daß Repressalmaßnahmen als Rechtens angesehen werden."

Geiselnahme diente als Vorbeugungs- und Sicherungsmittel, um etwaige Angriffe der Bevölkerung auf die Besatzungsmacht zu unterbinden. Die Berechtigung zur Nahme - und unter strengen Voraussetzungen selbst die Tötung - von Geiseln war noch im Zweiten Weltkrieg stark umstritten.

1949 wurde durch Artikel 34 der Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen im Krieg Geiselnahme uneingeschränkt verboten. Aber noch im Prozeß des Ständigen Kriegengerichts in Brüssel gegen General v. Falkenhausen wurden am 9. März 1951 bestimmte Geislerschießungen im eigenen Land (!) als "gerechtfertigt" angesehen, wenn sie zur elementaren Selbstbehauptung vorgenommen wurden.

Das Völkerrecht schwieg zur Frage der Geislerschießungen. Durch die Repressalie, d.h. die Vergeltung einer völkerrechtswidrigen Maßnahme mit einer ebensolchen, wurden meist völlig unschuldige Menschen getroffen. Während das Völkergewohnheitsrecht sich vielfach an die

Auffassung hielt, die Repressalie sei ein zulässiger Gegenangriff gegen Völkerrechtsbrecher, und vereinzelt sogar die These vertreten wurde, der Humanität werde mit der energischsten Repressalie am besten gedient, nahm Papst Pius XII. hiergegen in seiner Ansprache an die Teilnehmer des 6. Internationalen Kongresses für Strafrecht am 3. Oktober 1953 Stellung:

"Auch in einem gerechten und notwendigen Krieg sind nicht alle Mittel für einen Menschen mit gesundem und vernünftigem Rechtsempfinden annehmbar. Die Massenerschießung Unschuldiger als Repressalie für den Fehler eines einzelnen ist kein Akt der Gerechtigkeit, sondern sanktionierte Ungerechtigkeit; unschuldige Geiseln zu erschießen wird nicht dadurch ein Recht, daß man es als Kriegsnotwendigkeit hinstellt."

Jedoch im Zweiten Weltkrieg herrschten andere Vorstellungen. Das britische "Manual of Military Law" von 1929 erklärt zum Problem der Geiselnahme: "Repressalien sind eine äußerste Maßnahme, weil sie in den meisten Fällen unschuldigen Personen Leiden auferlegt. Darin indessen besteht ihre zwingende Kraft, und sie sind als letztes Mittel unentbehrlich" (Paragraph 454).

Und Paragraph 458 bestimmt: "Wenn auch eine Kollektivbestrafung der Bevölkerung für die Handlung von Einzelpersonen, für die sie nicht gesamtverantwortlich angesehen werden kann, verboten ist, so können Repressalien gegen eine Örtlichkeit oder eine Gemeinschaft für die Handlung ihrer Einwohner oder Mitglieder, die man nicht namhaft machen kann, notwendig sein."

Nach Auffassung der Völkerrechtler waren Repressalien keine Strafmaßnahme, sondern "Selbsthilfeakte zur Durchsetzung des Rechts" mit dem Ziel, den rechtsfeindlichen Willen der Bevölkerung zu brechen. Die einzige rechtlich festgelegte Bestimmung zu Repressalien erfolgte im "Genfer Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen" vom 29. Juli 1929. Artikel 2 verbietet ausdrücklich Vergeltungsmaßnahmen an Kriegsgefangenen.

In der Praxis stimmten die kriegführenden Parteien überein, daß sich Repressalien zur Erzwingung eines rechtmäßigen Verhaltens des Gegners im notwendigen Rahmen halten, d.h. nicht exzessiv gehandhabt werden dürfen.

Im Fall VII der Rechtsprechung des Nürnberger Militärtribunals heißt es: "Die Besatzungsmacht kann auf der ordnungsgemäßen Erfüllung der Vorschriften, die für die Sicherheit der Besatzungstruppen und für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung nötig sind, bestehen. Zur Erreichung diese Zieles kann die Besatzungsmacht nur als letzten Ausweg zur Geiselnahme und -hinrichtung schreiten."

Kehren wir nach Kalavrita zurück. In dem im vergangenen Jahr erschienenen Buch von Droulia/Fleischer "Von Lidice nach Kalavrita" heißt es, in dem Bergdorf Kalavrita seien am 13. Dezember 1943 "fast 700 Menschen umgebracht worden". Vergleicht man die oben angeführten, stark voneinander abweichenden Zahlen miteinander, dann wird deutlich, daß sich die genaue Zahl der Opfer auf deutscher und griechischer Seite nicht mehr exakt ermitteln läßt. Es ist nicht sinnvoll, sie gegeneinander aufzurechnen.

Dagegen darf man nüchtern feststellen, daß die Repressalien der Deutschen weit hinter denen der Franzosen, Amerikaner und Russen zurückbleiben. Selbst bei Kriegsende, als keine größeren feindlichen Aktionen seitens Deutscher die Sicherheit der Alliierten ernstlich gefährden konnten, verhängten die Besatzungsmächte drakonische Strafen für Angriffe auf ihre Besatzung. So wurde im französisch besetzten Leutkirch angedroht: "Wenn ein Deutscher auf einen Franzosen schießt oder sonst das Geringste passiert (!), werden 5 Häuser angezündet und 200 Deutsche erschossen."

Nachdem der amerikanische General Maurice Rose durch sein mißverständliches Verhalten - es war eine reguläre Kampfhandlung, kein Partisanenangriff - in der Nähe von Paderborn erschossen wurde, ließen die Amerikaner 110 Deutsche erschießen bzw. erschlagen. Die Rote Armee drohte in Berlin die Erschießung von Geiseln im Verhältnis 1:50 an. Die Amerikaner

übertrafen die Sowjets noch beträchtlich, als sie im Frühjahr 1945 im Harz öffentlich Sühneaktionen im Verhältnis 1:200 ankündigten.

Auch angesichts der sadistischen Brutalität der Partisanen auf dem Balkan - mehrfach wurden gefangenen deutschen Soldaten die Augen ausgestochen, Nasen, Ohren und die Geschlechtsteile abgeschnitten - bleibt das Entsetzen über die getöteten Zivilisten nicht geringer. Freilich sollte ein deutsches Staatsoberhaupt aus seiner "tiefen Scham und Trauer" nicht die unschuldigen deutschen Soldaten ausklammern, die bestialisch ermordet wurden.

Der estnische Staatspräsident Lennart Meri sagte am Tag der Heimat am 3. Oktober 1995: "Warum zeigen die Deutschen so wenig Respekt vor sich selbst. Deutschland ist eine Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue ... Man kann einem Volk nicht trauen, das rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung ausführt ..."

Bekanntlich pflegen unsere Politiker bei Auslandsbesuchen die Gedenkstätten des jeweiligen Landes aufzusuchen und dort einen Kranz niederzulegen. Für gewöhnlich werden hierbei die deutschen Opfer übergangen. Eine solche Haltung ist verächtlich und nicht nur eine Schmäherung der Soldaten, die in Pflichterfüllung für ihr Vaterland gefallen sind, und der Zivilbevölkerung, die vor allem nach dem Krieg aufgestautem Haß zum Opfer fiel, sondern auch eine Beleidigung ihrer Angehörigen. Wenn man wirklich Versöhnung über den Gräbern will, sollte man auf ehemaligen Kriegsschauplätzen und in Konzentrationslagern für die Opfer aller Beteiligten eine gemeinsame Gedenkstätte errichten.

Wir haben hierfür ein hervorragendes Beispiel in unserem Nachbarland Österreich. In der Schlacht bei Dürnstein-Loiben in der Wachau am 11. November 1805 fielen etwa 4.000 Franzosen und etwa ebenso viele Soldaten der verbündeten Österreicher und Russen. In Loiben wie in Dürnstein wüteten in gleicher Weise "Freund" und Feind. Mehrere Einwohner dieser Orte wurden neben zahlreichen Soldaten grauhaft ermordet. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, das weitgehend nationalistischem Denken verhaftet war, wurde ein entscheidender Versuch zur Völkerverständigung unternommen.

Am 27. Juni 1905 wurde zwischen Loiben und Dürnstein ein weittragendes Ehrenmal für die gefallenen Österreicher, Franzosen und Russen durch die Regierungen dieser drei Länder errichtet. In einem mächtigen Steinsarkophag wurden die Gebeine der gefallenen Soldaten in friedlicher Todesgemeinschaft vereint.

Dieses Ehrenmal sollte deutlich machen, daß alle Toten dieses furchtbaren Gemetzels Kinder des einen Vaters im Himmel sind. Es sollte eine Mahnung zum Frieden und zur Völkerverständigung sein und zur Versöhnung über den Gräbern führen. Ähnliche Gedenkstätten für Deutsche und andere Völker sollten die Gräben zwischen den Völkern zuschütten und daran erinnern, daß einseitige Schuldzuweisungen an die jeweils andere Seite auf Dauer nicht zur Verständigung, sondern zur Zwietracht und zum Haß führen.<<

11.11.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. November 2000: >>Viel Betrug in Europa

Betrug und Mißmanagement haben die EU im Jahr 1999 Hunderte Millionen Euro gekostet. Rund 6.000 Fälle von Unregelmäßigkeiten wurden der Sondereinheit für Betrugsbekämpfung gemeldet. 18 % aller Unregelmäßigkeiten hätten sich als Betrug entpuppt, sagte EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer. Allein die Betrugsfälle könnten den 85 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalt 1999 um mehr als 223 Millionen Euro geschädigt haben. Mehr als 500 Millionen Euro seien durch den Schmuggel verloren gegangen.<<